

Keine Privilegien

für die Türkei – das ist die Position der SPD. Eine „privilegierte Partnerschaft“ von Europäischer Union und Türkei fordern CDU und CSU.

Außenpolitik braucht Zuverlässigkeit. Durch Sprunghaftigkeit werden die Beziehungen von Staaten belastet. 1997 verkündete Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), die Bundesregierung unterstütze „das Ziel einer späteren Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union“. Die EU hat der Türkei eine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt, sofern sie die harten Bedingungen dafür erfüllt. Diesen strengen Anforderungen genügt sie bei weitem nicht. Deshalb kann die Türkei noch viele Jahre nicht Mitglied werden. Durch eine „privilegierte Partnerschaft“, wie sie CDU und CSU jetzt wollen, würde die Türkei gegenüber anderen Staaten bevorzugt, zugleich würde die EU wortbrüchig.

CDU und CSU fehlen in der Außenpolitik die richtigen Maßstäbe.

Deutsche Soldaten stünden jetzt im Irak, wenn CDU und CSU über die Beteiligung am Irakkrieg entschieden hätten. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel wollte dem Kurs des amerikanischen Präsidenten George W. Bush bedingungslos folgen. Das verhinderten die Wähler. Sie machten die SPD mit Gerhard Schröder an der Spitze so stark, dass sich in Deutschland eine Außenpolitik der Vernunft durchsetzen konnte. CDU und CSU setzen auf blinde Gefolgschaft zu den USA.

Die SPD steht für eine selbstbewusste und verantwortungsbewusste Außenpolitik. Diese Politik findet weltweit Anerkennung. **„Deutschland ist in der Welt sehr beliebt“** überschrieb der „Tagesspiegel“ am 24. Juni 2005 eine Meldung. Das hatte die Studie eines US-amerikanischen Instituts ergeben. Außerdem stellten die Wissenschaftler fest: 60 Prozent der US-Bürger sehen Deutschland positiv – obwohl die Bundesregierung eine Beteiligung am Irakkrieg abgelehnt hatte.

Es gibt viele Krisenherde in der Welt, die auch für Deutschland gefährlich werden können, deshalb brauchen wir eine besonnene Außenpolitik.

Nein zur Merkelsteuer

CDU und CSU mit Angela Merkel an der Spitze wollen die Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent erhöhen, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen um 2 Prozent gesenkt werden. 53 Prozent aller privaten Haushalte würden nicht entlastet, sondern stärker belastet. Wer wenig Einkommen hat, könnte sich weniger leisten. Die fehlende Kaufkraft würde außerdem der Wirtschaft schaden, Arbeitsplätze kosten.

Die SPD Friedrichshagen sammelt Unterschriften gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer: bis zum 17. September an jedem Samstag, von 10 bis 12 Uhr, am Infostand vor Kaiser's an der Bölschestraße.

Ihre

SPD
Friedrichshagen